

Entwurf eines Friedensvertrags – vorgelegt von Russland

Entwürfe von zwei Sicherheitsabkommen, die Vizeaußenminister Sergej Rjabkow am Freitag, 17.12.2021, vorstellt. Einen Vertrag will der Kreml bilateral mit Washington schließen, den anderen mit der Nato.

https://mid.ru/ru/foreign_policy/rso/nato/1790818/?lang=en

https://mid.ru/ru/foreign_policy/rso/nato/1790803/?lang=en&clear_cache=Y

siehe auch:

<https://www.sueddeutsche.de/politik/russland-putin-nato-usa-ukraine-1.5490817>

<https://snanews.de/20211217/nato-rus-vertrag-4730409.html>

Daraus diese Passage:

Das russische Außenministerium hat am Freitag einen Vertragsentwurf zwischen Moskau und der Nato über Sicherheitsgarantien veröffentlicht. Eine der Bedingungen sieht vor, dass die Ukraine in das Verteidigungsbündnis nicht aufgenommen werden soll.

Die Beziehungen zwischen Russland und der Allianz befinden sich, so das Dokument, „in einer anhaltenden Krise“. Moskau seinerseits sei bereit, einen gleichberechtigten Dialog zu entwickeln, um die Sicherheit im euroatlantischen Raum zu stärken. Der Paktentwurf besteht insgesamt aus neun Punkten:

1. eine weitere Nato-Erweiterung und den Beitritt der Ukraine zum Bündnis ausschließen;
2. bestätigen, dass sich die Parteien nicht als Gegner betrachten, die Vereinbarung zur friedlichen Beilegung aller Streitigkeiten festigen und auf die Gewaltanwendung verzichten;
3. keine zusätzlichen Militärs und Waffen außerhalb der Länder einsetzen, in denen sie sich ab Mai 1997 befanden, außer in Ausnahmefällen mit Zustimmung Russlands und der Nato-Mitglieder; (siehe [Ausbreitung der Nato](#))
4. alle militärischen Aktivitäten der Nato in der Ukraine, Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien unterlassen;
5. keine Mittel- und Kurzstreckenraketen dort stationieren, wo sie das Territorium der anderen Partei treffen können;
6. keine Übungen und andere Manöver über eine Brigade hinaus in der vereinbarten Grenzzone durchführen, regelmäßig Informationen über militärische Übungen austauschen;
7. sich verpflichten, keine Bedingungen zu schaffen, die von der anderen Partei als Bedrohung angesehen werden können;
8. „Notrufnummer“ für Notfälle bereitstellen.

Der Entwurf des Sicherheitspakts soll Anfang dieser Woche der amerikanischen Seite und ihren Verbündeten vorgelegt worden sein.

Entwürfe von zwei Sicherheitsabkommen, die Vizeaußenminister Sergej Rjabkow am Freitag, 17.12.2021, vorstellt. Einen Vertrag will der Kreml bilateral mit Washington schließen, den anderen mit der Nato.

Entwurf I ;

Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Russische Föderation, im Folgenden als "Parteien" bezeichnet,

geleitet von den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, der Erklärung über die Grundsätze des Völkerrechts über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen von 1970, der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit von Helsinki von 1975 in Europa sowie die Bestimmungen der Erklärung von Manila über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten von 1982, der Charta für europäische Sicherheit von 1999 und der Gründungsakte von 1997 über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation,

unter Hinweis auf die Unzulässigkeit der Androhung oder Anwendung von Gewalt in irgendeiner Weise, die mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen in ihren gegenseitigen und internationalen Beziehungen im Allgemeinen nicht vereinbar ist,

Unterstützung der Rolle des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, der die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit trägt,

in Anerkennung der Notwendigkeit vereinter Anstrengungen, um in einer globalisierten und interdependenten Welt wirksam auf die modernen Sicherheitsherausforderungen und -bedrohungen zu reagieren,

in Anbetracht der Notwendigkeit einer strikten Einhaltung des Grundsatzes der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, einschließlich des Verzichts auf die Unterstützung von Organisationen, Gruppen oder Einzelpersonen, die einen verfassungswidrigen Machtwechsel fordern, sowie auf alle Maßnahmen, die auf eine Veränderung des politischen oder sozialen Systems abzielen einer der Vertragsparteien,

unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, zusätzliche wirksame und schnell greifende Kooperationsmechanismen zu schaffen oder die bestehenden zu verbessern, um aufkommende Fragen und Streitigkeiten durch einen konstruktiven Dialog auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und Anerkennung der Sicherheitsinteressen und -anliegen des anderen beizulegen, da sowie angemessene Antworten auf Sicherheitsherausforderungen und -bedrohungen zu erarbeiten,

in dem Bemühen, jede militärische Konfrontation und jeden bewaffneten Konflikt zwischen den Vertragsparteien zu vermeiden, und in der Erkenntnis, dass ein direkter militärischer

Zusammenstoß zwischen ihnen zum Einsatz von Nuklearwaffen mit weitreichenden Folgen führen könnte,

bekräftigend, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf, und in der Erkenntnis, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Gefahr des Ausbruchs eines solchen Krieges zwischen Staaten, die Atomwaffen besitzen, zu verhindern,

in Bekräftigung ihrer Verpflichtungen aus dem Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Maßnahmen zur Verringerung des Risikos des Ausbruchs eines Atomkriegs vom 30. September 1971, dem Abkommen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung von die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Verhütung von Zwischenfällen auf und über der Hohen See vom 25. Mai 1972, das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Errichtung von Zentren zur Reduzierung nuklearer Risiken vom 15. September 1987, sowie das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Verhütung gefährlicher militärischer Aktivitäten vom 12. Juni 1989,

habe wie folgt zugestimmt:

Artikel 1

Die Vertragsparteien arbeiten auf der Grundlage der Grundsätze der unteilbaren, gleichen und unverminderten Sicherheit zusammen, und zwar zu folgenden Zwecken:

darf keine Maßnahmen ergreifen oder an Aktivitäten teilnehmen oder diese unterstützen, die die Sicherheit der anderen Vertragspartei beeinträchtigen;

führt keine von jeder Vertragspartei einzeln oder im Rahmen einer internationalen Organisation, eines Militärbündnisses oder einer Koalition getroffenen Sicherheitsmaßnahmen durch, die die zentralen Sicherheitsinteressen der anderen Vertragspartei untergraben könnten.

Artikel 2

Die Vertragsparteien bemühen sich sicherzustellen, dass alle internationalen Organisationen, Militärbündnisse und Koalitionen, an denen mindestens eine der Vertragsparteien teilnimmt, die in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Grundsätze einhalten.

Artikel 3

Die Vertragsparteien dürfen die Hoheitsgebiete anderer Staaten nicht zur Vorbereitung oder Durchführung eines bewaffneten Angriffs gegen die andere Vertragspartei oder anderer Handlungen, die die Kernsicherheitsinteressen der anderen Vertragspartei berühren, nutzen.

Artikel 4

Die Vereinigten Staaten von Amerika verpflichten sich, eine weitere Osterweiterung der Nordatlantikpakt-Organisation zu verhindern und den Staaten der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken den Beitritt zum Bündnis zu verweigern.

Die Vereinigten Staaten von Amerika dürfen auf dem Territorium der Staaten der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die nicht Mitglieder der Nordatlantikpakt-Organisation sind, keine Militärstützpunkte errichten, ihre Infrastruktur für militärische Aktivitäten nutzen oder eine bilaterale militärische Zusammenarbeit mit ihnen entwickeln.

Artikel 5

Mit Ausnahme von solchen Einsatz im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien.

Die Vertragsparteien unterlassen es, schwere Bomber mit nuklearer oder nichtnuklearer Bewaffnung zu fliegen oder Überwasserkriegsschiffe jeglicher Art, auch im Rahmen internationaler Organisationen, Militärbündnisse oder Koalitionen, in den Gebieten außerhalb des nationalen Luftraums bzw. der nationalen Hoheitsgewässer einzusetzen wo sie Ziele im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei angreifen können.

Die Vertragsparteien führen den Dialog und arbeiten zusammen, um die Mechanismen zur Verhinderung gefährlicher militärischer Aktivitäten auf und über der Hohen See zu verbessern, einschließlich der Einigung über den maximalen Anflugabstand zwischen Kriegsschiffen und Luftfahrzeugen.

Artikel 6

Die Vertragsparteien verpflichten sich, keine bodengestützten Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen außerhalb ihres nationalen Hoheitsgebiets sowie in den Gebieten ihres Hoheitsgebiets zu stationieren, von denen aus diese Waffen Ziele im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei angreifen können.

Artikel 7

Die Vertragsparteien sehen davon ab, Kernwaffen außerhalb ihres Hoheitsgebiets zu stationieren, und geben solche Waffen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags bereits außerhalb ihres Hoheitsgebiets stationiert sind, in ihre Hoheitsgebiete zurück. Die Vertragsparteien beseitigen jegliche bestehende Infrastruktur für die Stationierung von Kernwaffen außerhalb ihres nationalen Hoheitsgebiets.

Die Vertragsparteien schulen kein militärisches und ziviles Personal aus Nichtnuklearländern im Einsatz von Nuklearwaffen. Die Vertragsparteien führen keine Übungen oder Ausbildung für Mehrzweckstreitkräfte durch, die Szenarien mit dem Einsatz von Kernwaffen beinhalten.

Artikel 8

Der Vertrag tritt am Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Notifikation über den Abschluss der für sein Inkrafttreten erforderlichen innerstaatlichen Verfahren durch die Vertragsparteien in Kraft.

Ausgefertigt in zwei Urschriften, jede in englischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Vereinigten Staaten von Amerika

Für die Russische Föderation

The United States of America and the Russian Federation, hereinafter referred to as the "Parties",

guided by the principles contained in the Charter of the United Nations, the 1970 Declaration on Principles of International Law concerning Friendly Relations and Cooperation among States in accordance with the Charter of the United Nations, the 1975 Helsinki Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe, as well as the provisions of the 1982 Manila Declaration on the Peaceful Settlement of Disputes, the 1999 Charter for European Security, and the 1997 Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security between the North Atlantic Treaty Organization and the Russian Federation,

recalling the inadmissibility of the threat or use of force in any manner inconsistent with the purposes and principles of the Charter of the United Nations both in their mutual and international relations in general,

supporting the role of the United Nations Security Council that has the primary responsibility for maintaining international peace and security,

recognizing the need for united efforts to effectively respond to modern security challenges and threats in a globalized and interdependent world,

considering the need for strict compliance with the principle of non-interference in the internal affairs, including refraining from supporting organizations, groups or individuals calling for an unconstitutional change of power, as well as from undertaking any actions aimed at changing the political or social system of one of the Contracting Parties,

bearing in mind the need to create additional effective and quick-to-launch cooperation mechanisms or improve the existing ones to settle emerging issues and disputes through a constructive dialogue on the basis of mutual respect for and recognition of each other's security interests and concerns, as well as to elaborate adequate responses to security challenges and threats,

seeking to avoid any military confrontation and armed conflict between the Parties and realizing that direct military clash between them could result in the use of nuclear weapons that would have far-reaching consequences,

reaffirming that a nuclear war cannot be won and must never be fought, and recognizing the need to make every effort to prevent the risk of outbreak of such war among States that possess nuclear weapons,

reaffirming their commitments under the Agreement between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics on Measures to Reduce the Risk of Outbreak of Nuclear War of 30 September 1971, the Agreement between the Government of the United States of America and the Government of the Union of Soviet Socialist Republics on the Prevention of Incidents On and Over the High Seas of 25 May 1972, the Agreement between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics on the Establishment of Nuclear Risk Reduction Centers of 15 September 1987, as well as the Agreement between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics on the Prevention of Dangerous Military Activities of 12 June 1989,

have agreed as follows:

Article 1

The Parties shall cooperate on the basis of principles of indivisible, equal and undiminished security and to these ends:

shall not undertake actions nor participate in or support activities that affect the security of the other Party;

shall not implement security measures adopted by each Party individually or in the framework of an international organization, military alliance or coalition that could undermine core security interests of the other Party.

Article 2

The Parties shall seek to ensure that all international organizations, military alliances and coalitions in which at least one of the Parties is taking part adhere to the principles contained in the Charter of the United Nations.

Article 3

The Parties shall not use the territories of other States with a view to preparing or carrying out an armed attack against the other Party or other actions affecting core security interests of the other Party.

Article 4

The United States of America shall undertake to prevent further eastward expansion of the North Atlantic Treaty Organization and deny accession to the Alliance to the States of the former Union of Soviet Socialist Republics.

The United States of America shall not establish military bases in the territory of the States of the former Union of Soviet Socialist Republics that are not members of the North Atlantic Treaty Organization, use their infrastructure for any military activities or develop bilateral military cooperation with them.

Article 5

The Parties shall refrain from deploying their armed forces and armaments, including in the framework of international organizations, military alliances or coalitions, in the areas where such deployment could be perceived by the other Party as a threat to its national security, with the exception of such deployment within the national territories of the Parties.

The Parties shall refrain from flying heavy bombers equipped for nuclear or non-nuclear armaments or deploying surface warships of any type, including in the framework of international organizations, military alliances or coalitions, in the areas outside national airspace and national territorial waters respectively, from where they can attack targets in the territory of the other Party.

The Parties shall maintain dialogue and cooperate to improve mechanisms to prevent dangerous military activities on and over the high seas, including agreeing on the maximum approach distance between warships and aircraft.

Article 6

The Parties shall undertake not to deploy ground-launched intermediate-range and shorter-range missiles outside their national territories, as well as in the areas of their national territories, from which such weapons can attack targets in the national territory of the other Party.

Article 7

The Parties shall refrain from deploying nuclear weapons outside their national territories and return such weapons already deployed outside their national territories at the time of the entry into force of the Treaty to their national territories. The Parties shall eliminate all existing infrastructure for deployment of nuclear weapons outside their national territories.

The Parties shall not train military and civilian personnel from non-nuclear countries to use nuclear weapons. The Parties shall not conduct exercises or training for general-purpose forces, that include scenarios involving the use of nuclear weapons.

Article 8

The Treaty shall enter into force from the date of receipt of the last written notification on the completion by the Parties of their domestic procedures necessary for its entry into force.

Done in two originals, each in English and Russian languages, both texts being equally authentic.

For the United States of America

For the Russian Federation

17. Dezember 2021 13:26

VEREINBARUNG ÜBER MASSNAHMEN ZUR GEWÄHRLEISTUNG DER SICHERHEIT DER RUSSISCHEN FÖDERATION UND DER MITGLIEDSTAATEN DER NORDATLANTISCHEN VERTRAGSORGANISATION

Inoffizielle Übersetzung

Entwurf

Die Russische Föderation und die Mitgliedstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO), im Folgenden als Vertragsparteien bezeichnet,

in Bekräftigung ihres Bestrebens, die Beziehungen zu verbessern und das gegenseitige Verständnis zu vertiefen,

in der Erkenntnis, dass eine wirksame Reaktion auf aktuelle Herausforderungen und Bedrohungen der Sicherheit in unserer interdependenten Welt gemeinsame Anstrengungen aller Vertragsparteien erfordert,

entschlossen, gefährliche militärische Aktivitäten zu verhindern und damit die Möglichkeit von Zwischenfällen zwischen ihren Streitkräften zu verringern,

feststellend, dass die Sicherheitsinteressen jeder Partei eine bessere multilaterale Zusammenarbeit, mehr politische und militärische Stabilität, Berechenbarkeit und Transparenz erfordern,

in Bekräftigung ihres Engagements für die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki 1975 der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der Gründungsakte von 1997 über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Russischen Föderation und der Russischen Föderation Nordatlantikvertrags-Organisation, der Verhaltenskodex von 1994 zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit, die Charta der europäischen Sicherheit von 1999 und die von den Staats- und Regierungschefs der Russischen Föderation unterzeichnete Erklärung von Rom „Russland-NATO-Beziehungen: eine neue Qualität“. Föderation und NATO-Mitgliedstaaten im Jahr 2002,

habe wie folgt zugestimmt:

Artikel 1

Die Vertragsparteien richten sich in ihren Beziehungen nach den Grundsätzen der Zusammenarbeit, gleicher und unteilbarer Sicherheit. Sie stärken ihre Sicherheit nicht einzeln, innerhalb internationaler Organisationen, Militärbündnisse oder Koalitionen auf Kosten der Sicherheit anderer Vertragsparteien.

Die Vertragsparteien legen alle internationalen Streitigkeiten in ihren gegenseitigen Beziehungen mit friedlichen Mitteln bei und enthalten sich jeder Anwendung oder Androhung von Gewalt, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar ist.

Die Vertragsparteien schaffen keine Bedingungen oder Situationen, die eine Bedrohung für die nationale Sicherheit anderer Vertragsparteien darstellen oder als solche wahrgenommen werden könnten.

Die Vertragsparteien üben Zurückhaltung bei der militärischen Planung und Durchführung von Übungen zur Verringerung des Risikos eventueller gefährlicher Situationen gemäß ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen, einschließlich derer, die in zwischenstaatlichen Abkommen zur Verhütung von Zwischenfällen auf See außerhalb von Hoheitsgewässern und im darüber liegenden Luftraum festgelegt sind, sowie in zwischenstaatlichen Abkommen zur Verhinderung gefährlicher militärischer Aktivitäten.

Artikel 2

Um Probleme anzugehen und Probleme zu lösen, nutzen die Vertragsparteien die Mechanismen für dringende bilaterale oder multilaterale Konsultationen, einschließlich des NATO-Russland-Rates.

Die Vertragsparteien tauschen regelmäßig und freiwillig Bewertungen aktueller Bedrohungen und Sicherheitsherausforderungen aus, unterrichten einander über militärische Übungen und Manöver und die wichtigsten Bestimmungen ihrer Militärdoktrinen. Alle bestehenden Mechanismen und Instrumente für vertrauensbildende Maßnahmen werden genutzt, um Transparenz und Vorhersehbarkeit militärischer Aktivitäten zu gewährleisten.

Zur Aufrechterhaltung von Notfallkontakten zwischen den Vertragsparteien werden Telefon-Hotlines eingerichtet.

Artikel 3

Die Vertragsparteien bekräftigen, dass sie sich nicht als Gegner betrachten.

Die Vertragsparteien pflegen den Dialog und die Interaktion über die Verbesserung der Mechanismen zur Verhütung von Zwischenfällen auf und über der Hohen See (hauptsächlich im Baltikum und in der Schwarzmeerregion).

Artikel 4

Die Russische Föderation und alle Vertragsparteien, die am 27. Mai 1997 Mitgliedsstaaten des Nordatlantikpakts waren, werden keine militärischen Kräfte und Waffen auf dem Territorium eines der anderen Staaten in Europa zusätzlich zu den am dieses Hoheitsgebiet ab 27. Mai 1997 einsetzen. Mit Zustimmung aller Vertragsparteien können solche Einsätze in Ausnahmefällen erfolgen, um eine Bedrohung der Sicherheit einer oder mehrerer Vertragsparteien zu beseitigen.

Artikel 5

Die Vertragsparteien stationieren keine landgestützten Mittel- und Kurzstreckenraketen in Gebieten, die es ihnen ermöglichen, das Hoheitsgebiet der anderen Vertragsparteien zu erreichen.

Artikel 6

Alle Mitgliedsstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation verpflichten sich, jede weitere Erweiterung der NATO einschließlich des Beitritts der Ukraine sowie anderer Staaten zu unterlassen.

Artikel 7

Die Vertragsparteien, die Mitgliedsstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation sind, dürfen auf dem Territorium der Ukraine sowie anderer Staaten in Osteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien keine militärischen Aktivitäten durchführen.

Um Zwischenfälle auszuschließen, dürfen die Russische Föderation und die Vertragsparteien, die Mitgliedsstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation sind, keine militärischen Übungen oder anderen militärischen Aktivitäten oberhalb der Brigadeebene in einer Zone vereinbarter Breite und Konfiguration beiderseits der Grenzlinie von die Russische Föderation und die mit ihr militärisch verbündeten Staaten sowie Vertragsparteien, die Mitgliedsstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation sind.

Artikel 8

Dieses Abkommen berührt nicht die Hauptverantwortung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie die Rechte und Pflichten und darf nicht so ausgelegt werden,

der Vertragsparteien nach der Charta der Vereinten Nationen.

Artikel 9

Dieses Abkommen tritt am Tag der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden in Kraft, in der mehr als die Hälfte der Unterzeichnerstaaten beim Verwahrer die Zustimmung zur Bindung an dieses Abkommen ausdrückt. Für einen Staat, der seine Ratifikationsurkunde zu einem späteren Zeitpunkt hinterlegt hat, tritt dieses Abkommen am Tag seiner Hinterlegung in Kraft.

Jede Vertragspartei dieses Abkommens kann durch eine entsprechende Mitteilung an den Verwahrer von diesem zurücktreten. Dieses Abkommen endet für diese Vertragspartei [30] Tage nach Erhalt einer solchen Mitteilung bei der Verwahrstelle.

Dieses Abkommen wurde in russischer, englischer und französischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, und wird im Archiv des Verwahrers, der Regierung von ...

Geschehen in [der Stadt von ...] an diesem [XX] Tag [XX] zweitausend und [XX].

Entwurf II:

17 December 2021 13:26

AGREEMENT ON MEASURES TO ENSURE THE SECURITY OF THE RUSSIAN FEDERATION AND MEMBER

STATES OF THE NORTH ATLANTIC TREATY ORGANIZATION

The Russian Federation and the member States of the North Atlantic Treaty Organization (NATO), hereinafter referred to as the Parties,

reaffirming their aspiration to improve relations and deepen mutual understanding,

acknowledging that an effective response to contemporary challenges and threats to security in our interdependent world requires joint efforts of all the Parties,

determined to prevent dangerous military activity and therefore reduce the possibility of incidents between their armed forces,

noting that the security interests of each Party require better multilateral cooperation, more political and military stability, predictability, and transparency,

reaffirming their commitment to the purposes and principles of the Charter of the United Nations, the 1975 Helsinki Final Act of the Conference on Security and Co-operation in Europe, the 1997 Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security between the Russian Federation and the North Atlantic Treaty Organization, the 1994 Code of Conduct on Politico-Military Aspects of Security, the 1999 Charter for European Security, and the Rome Declaration "Russia-NATO Relations: a New Quality" signed by the Heads of State and Government of the Russian Federation and NATO member States in 2002,

have agreed as follows:

Article 1

The Parties shall guide in their relations by the principles of cooperation, equal and indivisible security. They shall not strengthen their security individually, within international organizations, military alliances or coalitions at the expense of the security of other Parties.

The Parties shall settle all international disputes in their mutual relations by peaceful means and refrain from the use or threat of force in any manner inconsistent with the purposes of the United Nations.

The Parties shall not create conditions or situations that pose or could be perceived as a threat to the national security of other Parties.

The Parties shall exercise restraint in military planning and conducting exercises to reduce risks of eventual dangerous situations in accordance with their obligations under international law, including those set out in intergovernmental agreements on the prevention of incidents at sea outside territorial waters and in the airspace above, as well as in intergovernmental agreements on the prevention of dangerous military activities.

Article 2

In order to address issues and settle problems, the Parties shall use the mechanisms of urgent bilateral or multilateral consultations, including the NATO-Russia Council.

The Parties shall regularly and voluntarily exchange assessments of contemporary threats and security challenges, inform each other about military exercises and maneuvers, and main provisions of their military doctrines. All existing mechanisms and tools for confidence-building measures shall be used in order to ensure transparency and predictability of military activities.

Telephone hotlines shall be established to maintain emergency contacts between the Parties.

Article 3

The Parties reaffirm that they do not consider each other as adversaries.

The Parties shall maintain dialogue and interaction on improving mechanisms to prevent incidents on and over the high seas (primarily in the Baltics and the Black Sea region).

Article 4

The Russian Federation and all the Parties that were member States of the North Atlantic Treaty Organization as of 27 May 1997, respectively, shall not deploy military forces and weaponry on the territory of any of the other States in Europe in addition to the forces stationed on that territory as of 27 May 1997. With the consent of all the Parties such deployments can take place in exceptional cases to eliminate a threat to security of one or more Parties.

Article 5

The Parties shall not deploy land-based intermediate- and short-range missiles in areas allowing them to reach the territory of the other Parties.

Article 6

All member States of the North Atlantic Treaty Organization commit themselves to refrain from any further enlargement of NATO, including the accession of Ukraine as well as other States.

Article 7

The Parties that are member States of the North Atlantic Treaty Organization shall not conduct any military activity on the territory of Ukraine as well as other States in the Eastern Europe, in the South Caucasus and in Central Asia.

In order to exclude incidents the Russian Federation and the Parties that are member States of the North Atlantic Treaty Organization shall not conduct military exercises or other military activities above the brigade level in a zone of agreed width and configuration on each side of the border line of the Russian Federation and the states in a military alliance with it, as well as Parties that are member States of the North Atlantic Treaty Organization.

Article 8

This Agreement shall not affect and shall not be interpreted as affecting the primary responsibility of the Security Council of the United Nations for maintaining international peace and security, nor the rights and obligations of the Parties under the Charter of the United Nations.

Article 9

This Agreement shall enter into force from the date of deposit of the instruments of ratification, expressing consent to be bound by it, with the Depositary by more than a half of the signatory States. With respect to a State that deposited its instrument of ratification at a later date, this Agreement shall enter into force from the date of its deposit.

Each Party to this Agreement may withdraw from it by giving appropriate notice to the Depositary. This Agreement shall terminate for such Party [30] days after receipt of such notice by the Depositary.

This Agreement has been drawn up in Russian, English and French, all texts being equally authentic, and shall be deposited in the archive of the Depositary, which is the Government of ...

Done in [the city of ...] this [XX] day of [XX] two thousand and [XX].

Tabelle Entwicklung der NATO-Mitgliedschaft

1949 (Gründungsmitglieder) (NATO-12)	Belgien Dänemark Frankreich Großbritannien Island Italien Kanada Luxemburg Niederlande Norwegen Portugal USA
1952 (NATO-14)	Griechenland Türkei
1955 (NATO-15)	Bundesrepublik Deutschland
1982 (NATO-16)	Spanien
1999	Polen

(NATO-19)	Tschechien Ungarn
2004 (NATO-26)	Bulgarien Estland Lettland Litauen Rumänien Slowakei Slowenien
2009 (NATO-28)	Albanien Kroatien
2017 (NATO-29)	Montenegro
2020 (NATO-30)	Nordmazedonien